

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuell

26. Februar 2010 - Nr. 10

Gastkommentar von Finanzminister a.D.
Hannes Androsch zur Banken-Solidarabgabe



Bankenabgabe kommt!

Faymann setzt sich durch



Johanna Dohnal (1939 – 2010)
Nachruf von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

Die Banken haben in den letzten Jahren nicht schlecht verdient. Die Gewinne haben sich in den 10 Jahren vor dem großen Crash 2007/2008 verdreifacht. Es sind hochriskante Finanz-Geschäfte gewesen, die aufgrund der globalen Vernetzung letztlich auch zu den hohen Gewinnen der heimischen Banken geführt haben. Eben diese Finanz-Transaktionen sind aber auch die wesentliche Ursache, die zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft mit allen negativen Folgen geführt hat. Es ist also nur recht und billig, wenn den Banken eine Solidarabgabe abverlangt wird. Wesentlich ist, dass die Bankkunden dabei nicht zum Handkuss kommen. Die entsprechenden Vorschläge um das zu verhindern soll eine von der Bundesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe ausarbeiten. Zu den Eckpunkten der Banken-Solidarabgabe hat „SPÖ Aktuell“ Finanzstaatssekretär Andreas Schieder interviewt.

Weitere Schwerpunkte sind die Themen Bundesheer sowie die aktuellen Entwicklungen im Asyl-Bereich. Lesen Sie in dieser Ausgabe, was Verteidigungsminister Norbert Darabos dazu zu sagen hat.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Banken-Solidarabgabe	4
Interview mit Staatssekretär Andreas Schieder	5
Bundesheer	6
Interview mit Verteidigungsminister Norbert Darabos	7
Interview mit BK Werner Faymann zum 40. Jahrestag des ersten Wahlsieges Bruno Kreiskys	8
Gastkommentar zur Banken-Solidarabgabe von Finanzminister a.D. Hannes Androsch	14

Kaufkraft in der EU

in Prozent vom Durchschnitt		Quelle: APA Grafik: SPÖ
	Luxemburg	275,2
	Irland	148,1
	Niederlande	132,2
	Österreich	122,8
	Schweden	122,8
	Deutschland	115,8
	Italien	103,4
	Bulgarien	37,7

Konjunkturmaßnahmen wirken

Die Konjunkturpakete der SPÖ-geführten Bundesregierung zeigen Wirkung: Österreich liegt bei der Kaufkraft in der EU an vierter Stelle, gleichauf mit Schweden. Um 23 Prozent höher als der Durchschnitt ist die Kaufkraft in diesen beiden Ländern. Das ergeben nun veröffentlichte Zahlen von Eurostat über das Jahr 2007. ♦

Meinungsforum:

Was bleibt von Johanna Dohnals Erbe?

Die sozialdemokratische Ausnahme-
politikerin hat Österreich nachhaltig
geprägt. Viele Errungenschaften für die
Gleichberechtigung von Männern und
Frauen sind nicht zuletzt auf den ve-
hementen Einsatz von Johanna Dohnal
zurückzuführen.

Diskutieren Sie auf www.spoe.at
über das Vermächtnis der ehemaligen
Frauenministerin mit.



Infrastrukturministerin Doris Bures

Konjunkturlokomotive ÖBB auf Volldampf

„Konjunkturlokomotive ÖBB – Gesamtwirtschaftlicher Nutzen der Infrastrukturinvestitionen“: Diese Studie präsentierte Infrastrukturministerin Doris Bures vergangene Woche mit dem Institut für Höhere Studien (IHS) und dem Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo). Demnach bringt jeder in die Infrastruktur investierte Euro eine Wertschöpfung von 2,1 Euro. „Für den Arbeitsmarkt bedeuten diese Investitionen jährlich 40.000 Arbeitsplätze in der Bauphase und dauerhaft über 48.000 Beschäftigte in der Betriebsphase“, so Bures. Allein vom Ausbau der Westbahnstrecke mit 20.000 Arbeitsplätzen profitiert ganz Österreich: die Klein- und Mittelunternehmen, die Bundesländer sowie alle Regionen um die Westbahn. ♦

Zitat der Woche

„Die Bankenabgabe ist keine Strafsteuer und keine Sparbuch- oder Kreditsteuer. Es ist nur gerecht, dass auch die Banken ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Parteifinzen: Parteiengespräche gestartet

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter hat Gespräche mit allen Parlamentsparteien zu mehr Sauberkeit und Transparenz in der Politik initiiert.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter geht konstruktiv an die von ihm initiierten Gespräche über Transparenz in der Parteienfinanzierung heran. Es gehe auch darum, das Prinzip und die Sinnhaftigkeit der öffentlichen Parteienfinanzierung außer Streit zu stellen. Die Parteien müssen unabhängig von Banken und Industrie sein, wie ja auch aktuelle Skandale und Vorwürfe etwa rund um die Hypo, die Buwog, oder die Eurofighter-Beschaffung verdeutlichen.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will mehr Transparenz in Sachen Parteienfinanzierung. Die erste Gesprächsrunde lief bereits.

Klare Trennung von kriminell-korrupten „Part of the game“-Deals im Bereich Parteispenden sei aber essenziell. „Sonst kommt jede Art von Parteienfinanzierung in kriminellen Geruch.“

Spätestens im Herbst werde es einen neuen Anlauf des Europarats mit Transparenzvorschriften für Österreich geben. Kräuter ist überzeugt, dass sich Österreich den international üblichen Standards nicht entziehen können wird: „Österreich muss hier nachziehen.“ ♦



STANDPUNKT

Danke, Johanna!

Johanna Dohnals Tod ist ein großer Verlust für die Sozialdemokratie und für die Sache der Frauen. Sie wird uns im Kampf für die Frauen fehlen. Wir haben ihr so Vieles zu verdanken – und werden ihren Weg weiter gehen.

Der Tod Johanna Dohnals hat mich persönlich tief getroffen und mit Schmerz erfüllt. Und wie ich haben viele das Gefühl, vielleicht nicht alles gesagt zu haben, vor allem aber, nicht alles gefragt zu haben. Für meine Generation von Frauen ist Vieles heute selbstverständlich – weil es für Johanna Dohnal eine Selbstverständlichkeit war, für die Sache der Frauen zu kämpfen – zuerst als Wiener Landesfrauensekretärin und Gemeinderätin, dann als Staatssekretärin und schließlich als erste Frauenministerin Österreichs.

Aber es war ein zäher Kampf. Es ist heute gar nicht mehr vorstellbar, wie die rechtliche und gesellschaftliche Situation der Frauen in den 70er Jahren war. Der Mann galt bis 1976, bis zur Neuordnung der persönlichen Rechtswirkungen der Ehe, noch als Haupt der Familie. Er allein vertrat die Familie vor dem Staat, er entschied über den Schulbesuch der Kinder, und nur er konnte auch darüber bestimmen, wo die gesamte Familie wohnhaft zu sein hatte. Es gab unterschiedliche Löhne für Frauen und Männer – und zwar explizit kollektivvertraglich ausgewiesen. Abtreibung war illegal – und eine Unzahl an Frauen starb bei einem Eingriff im Hinterzimmer. Gewalt in der Familie war ein Tabuthema – das ist es auch heute noch. Aber damals wurde den Frauen, die das ansprachen und etwas ändern wollten, vorgehalten, sie wollten bloß die heile Familie zerstören. Und den Opfern familiärer Gewalt wurde die Schuld an der Tat selbst zugewiesen. Es gab nicht einmal einen Platz für Frauen, die von Gewalt betroffen waren, sie konnten nirgendwo hin.

Heute wagt niemand mehr, der ernst genommen werden will, die Fristenlösung infrage zu stellen, ohne dass die Mehrheit der Frauen aufschreit. Heute wagt niemand



Johanna Dohnal war eine Frau ohne Dogmen und jünger als so manche Junge.

mehr offen zu sagen, dass Frauen nicht berufstätig sein dürfen und sie sich ausschließlich um das Wohl ihrer Familie und

„Wir haben noch so viele Kämpfe zu führen: um bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um gleiche berufliche Chancen von Frauen und Männern ... Ohne Johanna Dohnal wird der Kampf ungleich schwieriger.“

ihres Gatten zu kümmern haben. Heute ist immerhin gesetzlich festgehalten, dass die Löhne und Einkommen von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit gleich sein müssen. Heute wird Gewalt in der Familie gesellschaftlich und gesetzlich sanktioniert, Frauen können in Frauenhäusern und bei

den Interventionsstellen gegen Gewalt Zuflucht finden. Dass diese frauenpolitischen Errungenschaften umgesetzt wurden, ist zu einem sehr großen Teil das Verdienst Johanna Dohnals. Geschafft hat sie das mit ihrer unermüdlichen Hartnäckigkeit und dem Bewusstsein, für die richtige Sache zu kämpfen. Geholfen hat ihr die Zeit des gesellschaftlichen und politischen Aufbruchs während der berühmten Kreisky-Jahre und danach. 40 Jahre später leben wir in einer anderen Zeit, mit anderen Wertvorstellung und teilweise auch anderen Problemen – wir Frauen haben heute aber auch mehr Selbstbewusstsein und ein anderes Auftreten als damals. Ich habe Johanna Dohnal als eine der wenigen kennengelernt, die es nie "besser wusste", sie hat nie versucht, die nächsten Generationen von Frauenpolitikerinnen zu bevormunden. Im Gegenteil: Sie ließ die jungen Frauen ihren Kampf führen und unterstützte diesen tatkräftig, denn sie war eine Frau ohne Dogmen und jünger als so manche Junge.

Sie war eine Frau, die die Partei als Bewegung liebte und ihr in einer aufopfernden Art und Weise treu war. Wir haben noch so viele Kämpfe zu führen: um bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um gleiche berufliche Chancen von Frauen und Männern und das Schließen der Einkommensschere, gegen Gewalt in der Familie und Vieles mehr. Ohne Johanna Dohnal wird der Kampf ungleich schwieriger. Aber wenn sie uns eines mitgegeben hat, dann ist das für mich: Haltet zusammen! Nur gemeinsam können wir etwas weiterbringen, unterstützt, fördert und fordert euch gegenseitig.

Vieles hätten wir noch fragen sollen, sagen wollen wir nur: Danke! Danke, Johanna, wir werden diesen Weg weitergehen! ♦

FINANZEN

Bankenabgabe – Faym

Bundeskanzler Werner Faymann stellte nach dem Bankengipfel klar, dass die Bankenabgabe für ihn unverrückbar ist. Der Koalitionspartner gab klein bei.



Der Bundeskanzler lud Vertreter der wichtigsten Banken und der Sozialpartner zum Bankengipfel ins Bundeskanzleramt.

Von der Arbeiterkammer über den Gewerkschaftsbund bis hin zur konservativen ÖAAB-Gewerkschaft und sogar Teile der ÖVP: Mit dem Vorschlag einer Solidarabgabe für Banken konnte Bundeskanzler Werner Faymann nach zähem Ringen viele Menschen in Österreich von dieser Maßnahme überzeugen. Kommen soll sie 2011. Die Bankenab-

gabe ist für den SPÖ-Parteivorsitzenden nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Budgetkonsolidierung, sondern auch ein symbolischer Akt. Schließlich sollen nicht nur Arbeitnehmer und die mittelständische Wirtschaft die Krisenlasten tragen. Banken sollen ihr Schäuflin dazu beitragen. Langfristig stabilisiert eine Bankenabgabe laut Analyse der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) das Finanzsystem.

Die konkrete Ausgestaltung und Höhe werden sich im Laufe der Diskussion ergeben.“ Richtwert sind Einnahmen von rund 500 Millionen Euro jährlich, die die Maßnahme bringen soll. Eine von der Bundesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe wird sich mit den Details einer Umsetzung befassen. Dennoch wird die Bundesregierung nicht müde, die international koordinierte Einführung einer Bankenabgabe und einer Finanztransaktionssteuer zu fordern. Sollte das nicht gelingen, wird Österreich nationale Spielräume nutzen, um die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.



Bundeskanzler Werner Faymann: „Die Bankenabgabe ist für mich unverrückbar.“

Solidarbeitrag „unverrückbar“

Nachdem der Kanzler vergangenen Montag Bank-Direktoren und Sozialpartner zum Bankengipfel in das Bundeskanzleramt geladen hatte, stellte er bei einer Pressekonferenz klar: „Die Bankenabgabe ist für mich unverrückbar.“

Wird Abgabe auf Kunden abgewälzt?

Mit Murren nahmen die Banken die Banken-Solidarabgabe beim Bankengipfel zu Kenntnis. Einige drohten allerdings damit, die Bankenabgabe auf die Kunden abzuwälzen oder gar ins Ausland abzuwandern. Mehrere Argumente sprechen gegen die ausgesprochenen Drohungen: In einem funktionierenden Wettbewerb soll-

Faymann setzt sich durch



„...Das Match ‚Banken gegen Kanzler‘ ging ganz klar an Faymann – noch vor Obama, noch vor der EU erhält das kleine Österreich diese ‚Gerechtigkeits-Steuer‘, die Symbolcharakter hat – aber auch 500 Millionen bringt. Es ist eine Steuer im Sinn der Steuerzahler. Sie hilft, dass nicht die ‚Kleinen‘ (über eine höhere Mehrwertsteuer), sondern die ‚Big Player‘ die Folgen der Finanzkrise tragen. Das ist mehr als gerecht...“

Wolfgang Fellner am 23. 2. 2010



„...Das Signal für die Steuerzahler lautet, wir lassen die Banken nicht ungeschoren davonkommen – bei der bankenkritischen Stimmung in der Bevölkerung ein sicherer Treffer. Nicht zuletzt deshalb wäre es politischer Selbstmord gewesen, hätte Vizekanzler Josef Pröll offen gegen die Abgabe opponiert...“

Hermann Sileitsch am 23. 2. 2010



„Die Durchsetzung der Bankensteuer ist gewiss der bislang größte Erfolg für den sozialdemokratischen Bundeskanzler Faymann.“

Claus Pándi am 23. 2. 2010

ten neue Kosten nicht ohne weiteres zu Lasten des Kunden gehen. Um zu garantieren, dass die Bankenabgabe nicht voll auf die Bankkunden durchschlägt, haben beispielsweise die Schweden parallel zur Bankenabgabe ein strenges Gebühren-Monitoring eingeführt. Sollte weiters der Verdacht auf Absprachen der Banken bestehen, so sind die Kartellbehörden und der Konsumentenschutz gefordert, hier rigoros einzugreifen und den Wettbewerb wieder herzustellen.

Große Unterstützung für Faymann

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas sieht in der Bankenabgabe eine „wichtige symbolische Maßnahme“ und betonte nach dem Gipfeltreffen, dass „Bundeskanzler Werner Faymann sich mit seiner Forderung durchgesetzt hat“. „Die Banken müssen einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der Krise leisten“, so Arbeiterkammer-Direktor Werner Muhm. WKÖ-Vizepräsident und Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Christoph Matznetter betont sogar, dass die geplante Abgabe die derzeitige Kreditklemme für kleine und mittlere Unternehmen nicht verschärfen werde: „Das Gegenteil wird voraussichtlich der Fall sein.“ Die Gewerkschafter Wolfgang Katzian (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschaft FSG) und Erich Foglar (Gewerkschafts-Präsident) sehen in der Solidarabgabe ebenfalls eine wichtige Maßnahme. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer sieht im Vorschlag von Werner Faymann eine „Punktladung“. ♦

INTERVIEW

„Bankenabgabe ist Frage der gesellschaftlichen Solidarität“



Staatssekretär Andreas Schieder:
„Solidarität ist keine Einbahnstraße“

SPÖ Aktuell: Warum ist es wichtig, dass die Bankenabgabe kommt?

Andreas Schieder: Weil es eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität ist. Am Beginn der Krise hat sich der Staat – und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – zu den Banken bekannt und ihnen geholfen. Jetzt ist es wichtig, dass deutlich gemacht wird: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wenn es an die Aufarbeitung der Kosten der Krise geht, muss es jetzt ein Zeichen der Solidarität von Seiten der Banken geben. Die Bankenabgabe ist ein solches Zeichen.

Kritiker meinen, dass die Banken die Kosten der Abgabe auf die Kunden um-

wälzen werden. Wie kann das verhindert werden?

Schieder: Würde das passieren, müssten wir uns um den Wettbewerb im Bankensektor sorgen machen. Wenn allerdings Walter Rothensteiner, Generaldirektor der Raiffeisen Zentralbank, schon ankündigt, dass sie nicht umgewälzt wird, dann habe ich wenig Sorgen. Dann drängt sich der Verdacht auf: Hier sollen von jenen Ängste geschürt werden, die einfach keinen Beitrag leisten wollen.

Die Banken haben immer wieder mit dem Abwandern ins Ausland gedroht, wenn die Steuer kommt. Wie wahrscheinlich ist das?

Schieder: Das ist sehr unwahrscheinlich und sicher nicht im Interesse der Banken. Und zwar aus mehreren Gründen: Österreichs Steuersystem ist im internationalen Bereich für Banken ein durchaus attraktives – und daran wird auch diese Abgabe nichts ändern. Die Standortwahl basiert auf vielen Faktoren – wie der Infrastruktur, dem Ausbildungsniveau der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Sicherheit usw. Punkte, auf die eine solche Abgabe keinerlei Auswirkungen hat. Und: In den kommenden Jahren werden alle Staaten auch mit Steuern regulierend im Bankensektor eingreifen. ♦

LANDESVERTeidIGUNG

Bundesheer ist v

Das Heer ist jederzeit einsatzbereit. Für die Landesverteidigung, den Katastrophenschutz und Auslandseinsätze ist die Truppe bestens gerüstet, bekräftigt Verteidigungsminister Norbert Darabos.



Das österreichische Bundesheer ist einsatzbereit. Davon überzeugte sich Verteidigungsminister Norbert Darabos bei einem seiner Besuche der österreichischen Truppen im Tschad.

In Verteidigungsminister Norbert Darabos haben Österreichs Soldatinnen und Soldaten einen verlässlichen und starken Partner. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2007 hat das Bundesheer jährlich ein

Budget von mehr als zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt bekommen. Diese Rekordsummen – ein ähnliches hohes Budget gab es unter keinem seiner Vorgänger – werden von Verteidigungsmini-

ster Darabos für das Wohl der Truppe eingesetzt. Unter dem Motto „Verwaltung straffen, Truppe stärken“ wurden in den vergangenen drei Jahren über 300 Millionen Euro in Bauvorhaben gesteckt. Für die Ausstattung der Truppe mit modernem Gerät und Technik wurden mehr als 1,7 Milliarden Euro ausgegeben. Unterm Strich bleiben also mehr als zwei Milliarden Euro, die direkt für die Stärkung der Truppe verwendet wurden. Für dieses Jahr wurde das Baubudget durch Verteidigungsminister Darabos auf 80 Millionen Euro angehoben, um Kasernen zu sanieren und weitere Bauvorhaben zu verwirklichen.

Schutz und Hilfe für die österreichische Bevölkerung

Die Erfolgsbilanz des österreichischen Bundesheeres kann sich sehen lassen: Im Jahr 2009 leisteten 3.030 Soldaten 332.256 Personenstunden bei Katastropheneinsätzen. Dabei war das Bundesheer nicht nur maßgeblich an den Aufräumarbeiten der gewaltigen Hochwasserschäden beteiligt, sondern führte mit seinen Hubschraubern auch Lawinen-, Lösch- und Transporteinsätze durch. Die in den letzten Tagen laut gewordenen Kritiker des Bundesheeres strafte diese Bilanz Lügen. Auch für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Laura Rudas ist klar: „Das ist bloße Verhöhnung unserer Soldatinnen und Soldaten. Das österreichische Bundesheer leistet tagtäglich wertvolle Arbeit und steht in der Bevölkerung für Schutz und Hilfe.“

Assistenzeinsatz wird befürwortet

Dies bestätigt auch die überwältigende Zustimmung in der Bevölkerung zum Assistenzeinsatz im Burgenland und in Niederösterreich. Annähernd 90 Prozent der Burgenländer und Niederösterreicher befürworten die Zusammenarbeit von Exekutive und Bundesheer. Erst vor wenigen Tagen

ZUM THEMA

Asyl: SPÖ-Präsidium beschließt Einzelfallprüfung und schnellere Verfahren

Die SPÖ beschloss bei ihrem letzten Parteipräsidium einstimmig eine Unterlage zum Aufenthaltsrecht für Asylwerber als Basis für weitere Verhandlungen mit dem Koalitionspartner, in der die Notwendigkeit von Einzelfallprüfungen festgelegt wurde. Verfassungsjuristen bestätigen diesen Weg.

Gesetzliche Kriterien für die Einzelfallprüfung werden noch erarbeitet. Asyl-Miss-

brauch soll weiterhin entschlossen bekämpft werden. Asylwerber aber pauschal einzusperren, wie das die Innenministerin möchte, kommt für die SPÖ nicht in Frage.

Das Präsidium hatte überdies einen Vorschlag für ein Bundesamt für Asyl und Migration erarbeitet. Derzeit sind für Asyl- und Fremdenrecht sowie fremdenpolizeiliche Maßnahme 113 unterschiedliche Behörden zuständig.

oll einsatzbereit

„Die Politik ist dazu da, um Maßnahmen für und nicht gegen die Bevölkerung zu setzen. Unsere Soldaten sorgen im Verbund mit der Polizei für mehr Sicherheit im Grenzraum.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

haben im Burgenland zwei Soldaten eine Bankomaten-Sprengung verhindert. „Unsere Grenzsoldaten haben einmal mehr erfolgreich ein Verbrechen verhindert. Das zeigt, wie wichtig der Assistenzeinsatz des Bundesheeres für die Sicherheit der Menschen im Grenzraum ist“, betonte Verteidigungsminister Darabos. Seit dem Beginn des Assistenzeinsatzes haben 1.800 Beobachtungen der Soldaten zu 1.400 Amtshandlungen geführt. Dass der Assistenzeinsatz keine Dauerlösung ist, steht für Bundeskanzler Werner Faymann fest. Solange „die Polizei noch nicht in der Lage ist, personell so weit aufzustocken, wie sich die Bevölkerung das erwartet“, ist er für ihn jedoch gerechtfertigt.

Eberau sagt Nein

In der Debatte um ein drittes Asylverfahrenszentrum steht für Verteidigungsminister Darabos fest, dass die bestehenden Asylzentren durch eine Beschleunigung der Asylverfahren entlastet werden müssen. Die Bevölkerung von Eberau hat unterdessen in einer Volksabstimmung den Bau eines Asylverfahrenszentrums klar abgelehnt. Ministerin Fekter wollte dieses Zentrum in einer Nacht-und-Nebel-Aktion über die Köpfe der Bevölkerung hinweg und hinter dem Rücken von Landeshauptmann Hans Niessl erzwingen. Der SPÖ-Landeshauptmann sieht in der mehr als 90-prozentigen Ablehnung ein „klares Votum gegen die Politik des Tricksens, Täuschens und Drüberfahrens“. Für Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas lässt das Ergebnis „keine Interpretationen zu“, und habe daher bindend zu sein. Dies hat auch für die kommende Volksbefragung im Südburgenland zu gelten. Angesichts sinkender Asylverfahrenszentren könnte ein drittes Asylverfahrenszentrum überhaupt überflüssig werden. ♦

INTERVIEW

„Die Kritik war völlig überzogen“

Verteidigungsminister Norbert Darabos über die Kritik am österreichischen Bundesheer, den Assistenzeinsatz und die Volksabstimmung in Eberau.

SPÖ Aktuell: Die Volksbefragung in Eberau hat ein eindeutiges Ergebnis gebracht. Wie geht es jetzt in der österreichischen Asylpolitik weiter?

Norbert Darabos: Es stellt sich für mich nach wie vor die Frage, ob ein drittes Erstaufnahmезentrum überhaupt notwendig ist. Laut den aktuellen Daten des Innenministeriums sank die Zahl der Asylwerber im Jänner um 33 Prozent auf 807. Wir werden daher die Entwicklung bis Ende März beobachten und dann beurteilen, ob es das dritte Zentrum braucht. Klar ist, Traiskirchen muss längerfristig entlastet werden. Schnellere Asylverfahren bzw. eine Verbesserung des Vollzugs sowie die Quotenerfüllung aller Länder würden weiter wesentlich zur Entlastung beitragen.

In den letzten Tagen gab es vermehrt Kritik am österreichischen Bundesheer. Ist die Truppe in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen?

Darabos: Die Kritik war völlig überzogen. Das Bundesheer ist für seine Aufträge im Inland wie im Ausland einsatzbereit und gerüstet. Das stellen wir tagtäglich unter Beweis. Natürlich gibt es jahrzehntelange Versäumnisse bei den Investitionen, die ich seit 2007 auch intensiv aufarbeite. Das geht allerdings nur Schritt für Schritt. In meiner bisherigen Amtszeit wurden rund 300 Millionen Euro in Kasernen und 1,7 Milliarden Euro in neue Geräte investiert.

Der Assistenzeinsatz im burgenländischen und im niederösterreichischen Grenzraum wird von der Bevölkerung befürwortet - die Opposition und der Koalitionspartner stellen ihn in Frage. Ist eine Beendigung derzeit sinnvoll?

„Die Kritik war völlig überzogen. Das Bundesheer ist für seine Aufträge im Inland wie im Ausland einsatzbereit und gerüstet. Das stellen wir tagtäglich unter Beweis.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos



Für Verteidigungsminister Norbert Darabos ist fraglich, ob ein weiteres Asyl-Erstaufnahmезentrum notwendig ist.

Darabos: Das kommt ganz und gar nicht in Frage. Es gibt einen einstimmigen Regierungsbeschluss. Am Regierungstisch ist übrigens auch der Herr Staatssekretär Lopatka gesessen, der jetzt plötzlich entbehrliche Wortmeldungen abgibt. Die Politik ist dazu da, um Maßnahmen für und nicht gegen die Bevölkerung zu setzen. Unsere Soldaten sorgen im Verbund mit der Polizei für mehr Sicherheit im Grenzraum. Seit Beginn 2008 wurden etwa 1.800 sicherheitsrelevante Wahrnehmungen durch die Soldatinnen und Soldaten getätigt, in 1.400 Fällen wurde die Polizei alarmiert. ♦

JAHRESTAG

Kreisky – Wer sonst?

Am 1. März jährt sich zum 40. Mal der fulminante Wahlsieg der SPÖ unter Bruno Kreisky. Die folgenden vier Kreisky-Kabinette seit 1970 prägten Österreich und ganze Politiker-Generationen nachhaltig.



Sozialistischer Jugendfunktionär, politisch Verfolgter und Widerstandskämpfer, Exilant, Mitbegründer der Zweiten Republik, Außenminister sowie Bundeskanzler einer SPÖ-Alleinregierung – das sind die wesentlichen biographischen Stationen jenes österreichischen Ausnahmepolitikers, dessen Wirken heute noch, 20 Jahre nach seinem Ableben, Österreich maßgeblich prägt. Die Rede ist von Bruno Kreisky.

Am 1. März 1970 führte der damalige SPÖ-Parteivorsitzende Bruno Kreisky die SPÖ an die Staatsspitze. Bei den vorgezogenen Neuwahlen vom 10. Oktober 1971 errang die SPÖ unter dem Motto „Lasst Kreisky und sein Team arbeiten“ erstmals die absolute Mehrheit, die 1975 und 1979 unter dem neuen Slogan „Kreisky – wer sonst?“ noch ausgebaut werden konnte. Damit war der Weg für umfassende gesellschaftspolitische und soziale Reformen in Österreich frei geworden. Kreiskys

Kanzlerschaft war durch weitreichende Reformen und vielbeachtete außenpolitische Initiativen gekennzeichnet, die Österreich eine bis dahin nicht gekannte internationale Anerkennung eintrugen.

Der Ausbau des Sozialstaats, die Einführung des Karenzgeldes, des Mutter-Kind-Passes und der Geburtenbeihilfe, eine Familienrechtsreform, die große Strafrechtsreform sowie die Einführung der Fristenlösung trotz massiver Widerstände aus konservativen Kreisen, die Reform des Bildungswesens und die Demokratisierung der Universitäten sind nur einige Beispiele für den politischen Paradigmenwechsel unter der SPÖ-Alleinregierung.

2010 – 40 Jahre nach dem ersten Wahlsieg Bruno Kreiskys – kämpft die Sozialdemokratie für den Ausbau und die Modernisierung jener Errungenschaften, während konservative und reaktionäre Kräfte erbitterten Widerstand leisten. ♦

INTERVIEW

„Die Politik von Bruno Kreisky hat mich geprägt“

Bundeskanzler Werner Faymann im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über den Einfluss des ehemaligen Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden Bruno Kreisky.

SPÖ Aktuell: Herr Bundeskanzler, was verbindet Sie mit Bruno Kreisky?

Werner Faymann: In meiner Jugendzeit hat mich die Politik von Bruno Kreisky geprägt – innen- wie auch außenpolitisch. Neben seinen Reden und Artikeln haben mich vor allem die großen Reformen der Kreisky-Kabinette beeindruckt. Er hat gezeigt, was es heißen kann, mit einer absoluten sozialdemokratischen Mehrheit das Land zu regieren.

Was brachte der Wahlsieg am 1. März 1970 Ihrer Ansicht nach für Österreich?

Faymann: Das Reformwerk von Bruno Kreisky ermöglichte im Wesentlichen den Sozial- und Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn heute kennen. Die umfassenden Maß-

nahmen erreichten die Menschen in allen Lebensbereichen. Heute noch versuchen einige Leute vieles davon rückgängig zu machen. Da haben sie aber in der SPÖ, heute wie damals, eine erbitterte Gegnerin. Wir wollen den Sozialstaat sichern und seine Effizienz steigern.

Was unterscheidet die Kreisky-Ära von der heutigen Zeit?

Faymann: Vor allem die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich radikal gewandelt. Wir erleben heute eine der tiefgreifendsten Wirtschafts- und Finanzkrisen der jüngeren Geschichte. Unser Aufgabe ist daher doppelt schwierig: Einerseits mussten und müssen wir die Wirtschaft stabilisieren –

was uns gut gelungen ist – andererseits wollen wir Wohlstand und soziale Gerechtigkeit ausbauen. Sozialabbau kommt für uns nicht in Frage. ♦



Bundeskanzler Werner Faymann wurde schon zu Jugendzeiten von der Politik Bruno Kreiskys geprägt.

MEDIEN

Mehr Unabhängigkeit für den ORF

Das neue ORF-Gesetz bringt ein Mehr an Unabhängigkeit, finanziellen Mitteln und rot-weiß-rotem Programm.



Mehr österreichisches Programm und der Erhalt des Radio-Symphonie-Orchesters: Das sieht der neue ORF-Gesetzesentwurf vor.

Ich habe für eine Gesetzesvorlage gekämpft, die die Unabhängigkeit des ORF gewährleistet“, ist Medienstaatssekretär Josef Ostermayer erfreut über die

Einigung der Regierung zum neuen ORF-Gesetz. Insgesamt 160 Millionen Euro, die dem ORF zuvor durch Gebührenbefreiungen entgangen waren, fließen demnach bis 2013 an den österreichischen Rundfunk zurück.

Zugleich soll die Restrukturierung des ORF vorangetrieben werden – unter der Aufsicht einer unabhängigen neuen Medienbehörde, die solche Vorhaben künftig prüft. Deren Einrichtung wurde zuletzt auch von der Europäischen Kommission empfohlen. Über die Gestaltung der Behörde muss noch mit der Opposition verhandelt werden. Für Bundeskanzler Werner Faymann steht jedoch fest, dass eine „rasche Umsetzung“ – möglichst noch vor dem Sommer – essenziell ist.

Mehr Geld für österreichischen Film

Auch mehr österreichisches Programm, der Erhalt des Radio-Symphonie-Orchesters und die Absicherung der Filmförderung (in der Höhe von 5,9 Millionen Euro jährlich) wurden im Gesetzesentwurf festgeschrieben. „Die aktuellen österreichischen Erfolge zeigen, wie wichtig und notwendig die



Zimmer

Die von Medienstaatssekretär Josef Ostermayer ausverhandelten 160 Mio. Euro Förderung helfen, die Unabhängigkeit des ORF abzusichern.

Filmförderung ist“, betonte Faymann. Sport- und kulturbegleitete ORF-Seher kommen ebenfalls nicht zu kurz. Der Fortbestand der Spartenkanäle (Sport plus und TW1) ist gesichert, wie Medienstaatssekretär Ostermayer unterstreicht.

Frauenquote ist „wichtiges Signal“

Lob kam von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek für die Verankerung einer Frauenquote von 45 Prozent für neue Stellen: „Ein wichtiges Signal für die gesamte Medienbranche“, so Heinisch-Hosek. ♦

WIRTSCHAFTSKAMMER-WAHL

SWV ist für Kleinunternehmer da

Bei der bevorstehenden Wirtschaftskammer-Wahl setzt sich der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband (SWV) besonders für Frauen, Migranten und Kleinunternehmen ein.



Christoph Matznetter: „Wir wollen das gute Ergebnis von 2005 – 13 Prozent bundesweit – halten.“

Wir sind fast ausschließlich für Kleine da, weil die ihre Interessen der Politik gegenüber selbst nicht durchsetzen können“, betont Christoph Matznetter, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands. Sein besonderes Anliegen lautet: „Weg von dem Industrielobbying hin zu mehr Unterstützung von Klein- und Einpersonunternehmen (EPU) und hier im Besonderen Stärkung der drei Zielgruppen: Frauen und Migranten in der Wirtschaft, sowie EPU.“

Nach der Wirtschaftskammer-Wahl, die vom 27. Februar bis 2. März statt-

findet, soll die Situation der rund 43.000 Unternehmer mit Migrationshintergrund „deutlich verbessert“ werden. „Alle Unternehmer, die in Österreich tätig sind, sollen die gleichen Rechte und gleichen Pflichten haben“, sagt Matznetter. SWV-Vizepräsident Resul Ekrem Gönültaş bringt es auf den Punkt: „Ausländische Unternehmer zahlen nicht weniger Steuern und auch nicht weniger Krankenversicherung als Österreicher.“ Ein weiteres Anliegen des SWV ist die leichtere Vergabe von Krediten – denn je kleiner eine Firma ist, desto schwieriger ist es, an Geld zu kommen. ♦

NACHRUF

Johanna Dohnal: Eine Frau, die Österreich verändert hat

Die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal ist am Samstag, dem 20. Februar im Alter von 71 Jahren verstorben. In tiefer Trauer nimmt die Sozialdemokratie Abschied von einer Ausnahmepolitikerin.

Die Sozialdemokratie verliert mit Johanna Dohnal eine der großen und prägenden Persönlichkeiten ihrer Geschichte“, sagt SPÖ-Vorsitzender und Bundeskanzler Werner Faymann zum Tod der ehemaligen Frauenministerin und ehemaligen Vorsitzen-

„Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

Johanna Dohnal

den der SPÖ-Frauen. „Johanna Dohnal war Zeit ihres Lebens eine engagierte Vorkämpferin für die Rechte der Frauen. Sie war eine Politikerin, die Großes für die Menschen in Österreich – insbesondere für die Frauen in diesem Land – geleistet hat“, betont der Bundeskanzler.

Johanna Dohnal: Erste Frauenministerin Österreichs

Johanna Dohnal wurde am 14. Februar 1939 in Wien geboren. Die gelernte Industriekaufrau startete ihre politische Karriere als



Johanna Dohnal hat die Frauen bis zuletzt in ihrem Kampf um Gleichberechtigung unterstützt und ihnen Mut gegeben.

Semotan

Bezirksrätin. 1972 wurde sie Landesfrauensekretärin der SPÖ Wien, 1973 Abgeordnete des Wiener Landtages und Gemeinderates. Bundeskanzler Bruno Kreisky holte sie 1979 als Staatssekretärin für Frauenfragen in die Regierung. Elf Jahre danach wurde Dohnal unter Bundeskanzler Franz Vranitzky zur ersten Frauenministerin Österreichs, 1987 außerdem SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende. 2009 wurde Johanna Dohnal der Professorentitel zuerkannt.

Mehr Frauenrechte und Chancengleichheit

In ihrer Amtszeit setzte Johanna Dohnal unter anderem zahlreiche Verbesserungen für berufstätige Frauen sowie das gesetzliche Verbot von sexueller Belästigung und Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt in der Familie durch. Die Gleichbehandlungsgesetze für den öffentlichen Dienst sowie

Frauenquoten für Universitäten und Ministerien waren weitere zentrale Bereiche, die zu einem Mehr an Chancengleichheit für Österreichs Frauen führten. Bis zuletzt trat Johanna Dohnal für den Erhalt des Selbstbestimmungsrechts der Frau ein und wandte sich vehement gegen eine Infragestellung der Fristenlösung.

„Ich war viel zu wenig unbequem in manchen Sachen, hätte manchmal noch unbequemer sein sollen in bestimmten Fragen“, hat Johanna Dohnal einmal resümiert. ♦

IM GEDENKEN AN JOHANNA DOHNAL

Frauenministerin und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende **Gabriele Heinisch-Hosek**: „Johanna Dohnal hat sich ihr ganzes Leben für Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt. Sie hat den Frauen vieles hinterlassen.“

Nationalratspräsidentin **Barbara Prammer**: „Der Name Johanna Dohnal steht für eine

engagierte, streitbare Frauenpolitik. Sie hat Österreichs Frauen den Weg zur Gleichstellung bereitet und ihnen Selbstbewusstsein gegeben.“

Bundespräsident **Heinz Fischer**: „Johanna Dohnal hat den Kampf um frauenpolitische und sozialpolitische Ziele mit ihrer ganzen Kraft und Persönlichkeit

und ohne Rücksicht auf die eigene Person geführt.“

Bundeskanzler a.D. **Franz Vranitzky**: „Ihr Denkmal hat sie sich schon gesetzt. Der Jubel der Delegierten, den sie an den Parteitagen der vergangenen Jahre umbrandete, ist der Beweis dafür. Eine große österreichische Sozialdemokratin ist von uns gegangen.“

Zeitschrift

Das Jüdische Echo

Die Zeitschrift versteht sich als Stimme eines lebendigen Judentums und als Mittlerin für ein besseres Verständnis zwischen Juden und Nichtjuden.

Die Zeitschrift „Das Jüdische Echo“ wurde 1951 von der Jüdischen Hochschülerschaft in Wien gegründet. In den letzten 20 Jahren ist es gelungen, aus einem kleinen Mitteilungsblatt für Mitstudenten, eine renommierte Zeitschrift für Kultur und Politik zu machen.

Das Konzept des Jüdischen Echo basiert auf der Idee, die große Vielfalt des jüdischen Kultur- und Geisteslebens zu vermitteln. Das Jüdische Echo erscheint

derzeit einmal pro Jahr und ist jeweils einem bestimmten Themenschwerpunkt gewidmet. Im Jahr 2009 beschäftigt sich das Jüdische Echo unter dem Titel „Zuhause in Europa“ mit der Frage, wie weit die Lebensgemeinschaften dieser vielen ethnischen, religiösen und auch anders definierten Minderheiten in Europa funktionieren. Namhafte Publizisten, Wissenschaftler und Politiker schreiben für das Jüdische Echo. ◆

Analyse

Hitlers Weltbild

Die Autoren wollen mit diesem Buch einen Betrag dazu leisten, der Jugend das Unglück und Leid ihrer Vorfahren zu ersparen.

Über Tote soll man nichts außer Gutes sagen, meinten die alten Römer. Bei Hitler ist das freilich nicht möglich. Seine Ideologie besteht im Wesentlichen aus der These, der germanische Mensch sei von der „Vorsehung“ auserkoren zur Herrschaft über die Welt, weil alle anderen Rassen minderwertig seien. Der „Herrenmensch“ sei blond, blauäugig, langschädlig. Jedoch gibt es heute noch immer oder schon wieder Menschen, die in anderer Hinsicht „blauäugig“ sind. Man braucht nur in Zei-

tungen manche Leserbriefe zu lesen, die auch im „Völkischen Beobachter“ abgedruckt worden wären. Junge Menschen stören KZ-Gedenkfeiern, lachen bei einer Exkursion nach Auschwitz – und in einem Nachbarland gibt es Übergriffe gegen Juden, Roma und Sinti. Der Autor Alfred Kohlbacher ist Funktionär des Bunds Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer. Der zweite Autor, Alfred Heinrich, ist vielen als Hauptautor der ehemaligen Kabarett-Sendung „Guglhupf“ bekannt. ◆

Sachbuch

Nachkrisenzeit

Nach der Krise wird nichts so sein, wie es einmal war, und es wird auch nie wieder so sein. Das Weltbild hat sich grundlegend geändert.

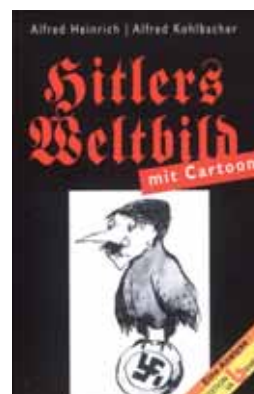
Österreich ist um Haaresbreite einer Katastrophe entgangen. Ein Blick nach Island zeigt, wie es auch bei uns hätte kommen können: Der Staat vor dem Bankrott, jeder Zehnte wandert aus und statt beheizter Autositze bei Minusgraden sind die Menschen mit dem Fahrrad unterwegs. Ist das Schlimmste schon überwunden oder steht uns der ganz große Crash noch bevor? Geldentwertung? Rekordarbeitslosigkeit? Das Ende

des Sozialstaates? Wohin ist all das Geld verschwunden?

Der Querdenker Daniel Gros und die Wirtschaftsjournalistin Sonja Sagmeister analysieren und wagen gemeinsam einen Blick in die Zukunft. China ist auf der Überholspur und die USA blicken nervös in den Rückspiegel. Auch in Europa bleibt kein Stein auf dem anderen und Afrika wird vom Selbstbedienungsladen der Welt zur neuen Boom-Region. ◆

☐ Stk.


Verein der Zeitschrift „Das Jüdische Echo“ (Hrsg.):
Das Jüdische Echo – Zuhause in Europa.
Falter Verlag, Wien 2009;
303 S., 14,50 €

☐ Stk.


Heinrich, Kohlbacher:
Hitlers Weltbild mit Cartoons – Eine Analyse.
Edition VA BENE, Wien 2010;
136 S., 19,80 €

☐ Stk.


Daniel Gros, Sonja Sagmeister:
Nachkrisenzeit – Wie die erfolgreichste Denkfabrik Europas unsere Welt für die nächste Generation sieht.
Ecowin Verlag, Salzburg 2010;
234 S., 21,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



NIEDERÖSTERREICH

Qualifizierung schützt vor Arbeitslosigkeit



Die aktuelle Arbeitsmarktsituation war zentrales Thema der SPÖ-NÖ-Präsidiumsklausur.

„Wir haben Verantwortung übernommen und mehrere hundert Arbeitsplätze für Lehrlinge und Langzeitarbeitslose geschaffen“, erklärte der Vorsitzende der SPÖ Niederösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner bei der Präsidiumsklausur der SPÖ Niederösterreich. Für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen in ganz Niederösterreich überbetriebliche Lehrwerkstätten entstehen. Erfolgreiche Pilotprojekte wurden von Leitner bereits in Schwechat, Ternitz, Loosdorf und Bad Vöslau initiiert. Ein weiterer wichtiger Schritt, um Arbeitsplätze zu schaffen, ist es die Finanzkraft der Kommunen aufrechtzuerhalten. Der Präsident des GemeindevertreterInnenverbandes Niederösterreich, Landtagsabgeordneter Rupert Dworak tritt etwa für



Kämpfen für Arbeitsplätze: (v.l.n.r.) AMS-NÖ-Chef Karl Fakler, LHstv. Sepp Leitner, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und LAbg. Rupert Dworak (GVV).

die Schaffung eines Zukunftsfonds ein. „Aus frei werdenden Mitteln der Wohnbau-Veranlagungen könnten 500 Mio.

entgegenzuwirken und das Abkommen zwischen Bund und Ländern zur Kinderbetreuung zu verlängern. ♦

SPÖ NÖ Euro für Investitionen in den Gemeinden eingesetzt werden“, so Dworak.

Spezielle Qualifizierungsprogramme für Frauen

In Schwechat soll ein Frauenberufszentrum entstehen, in dem 200 Frauen pro Jahr für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden können. „Wenn das Projekt erfolgreich ist, dann wird es auf ganz Österreich ausgeweitet“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Sie setzt sich auch dafür ein, der hohen Teilzeitquote

BURGENLAND

Schluss mit dem Verwirrspiel beim Jugendschutz



Die SPÖ Burgenland und die Sozialistische Jugend fordern eine Vereinheitlichung des Jugendschutzes.

Derzeit gibt es in allen neun Bundesländern unterschiedliche Jugendschutzbestimmungen. „Es ist höchste Zeit, das Gesetzes-Wirrwarr im Jugendbereich abzuschaffen“, findet der burgenländische SPÖ-Jugendsprecher Robert Hergovich. Das „Sammelsurium“ an Regelungen sei für Jugendliche und Eltern schwer nachvollziehbar und stiftet Verwirrung. Ein einheitlicher Jugendschutz würde die Handhabung des Gesetzes erheblich erleichtern. Diese Forderung unterstützt auch die Sozialistische Jugend Burgenland: „Alle Jugendlichen in Österreich sollten dieselben Rechte und Pflichten haben“, fordert SJ-Sekretär Martin Giefing. ♦



Schluss mit den verwirrenden Regelungen: SPÖ-Jugendsprecher Robert Hergovich macht sich für ein einheitliches Jugendschutzgesetz stark.

SPÖ BAUERN

Was bringt die Zukunft?

Fachliche und politische Weiterbildung gab es vor kurzem bei einem agrarpolitischen Seminar der SPÖ Bauern. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter referierte über die Bedeutung des ländlichen Raums.



Bei der hochrangig besetzten Kooperationsveranstaltung zwischen SPÖ Bauern und Renner-Institut standen vor allem die „EU-Marktverordnungen nach 2013“ im Zentrum. Experten vom WIFO, aus dem Lebensministerium und aus der Öffentlichkeitsarbeit rundeten das gelungene agrarpolitische Seminar ab. Aktuelles Thema waren auch die am 28. Februar stattfindenden niederösterreichischen Landwirtschaftskammer-Wahlen, bei denen die SPÖ Bauern um Unterstützung werben. ♦



SPÖ-Bauern-BGF S. Astner, SPÖ-Bauern-Bundesvorsitzende M. Kaufmann, SPÖ-BGF G. Kräuter und NÖ-SPÖ-Bauern-Vorsitzender J. Etzenberger mit anderen Bauern-Vertretern

STEIERMARK

Silent Disco – ein voller Erfolg



Die Silent Disco hat die Steiermark erobert. Diese Art, richtig abzufeiern, ist wohl die außergewöhnlichste Attraktion jeder Party.

Dank der Sozialistischen Jugend und dem GemeindevertreterInnenverband (GVV) feierte das neue Partyformat „Silent Disco“ (dt.: Stille Disko) in der Steiermark letzten Samstag seine Premiere. Junge Menschen mit unterschiedlichem Musikgeschmack konnten bei der Silent Disco gemeinsam abfeiern. Möglich machten dies Kabellos-Kopfhörer, mit denen die Jugendlichen den ganzen Abend lang zwischen zwei unterschiedlichen Musikkanälen ihre bevorzugte Musikrichtung wählen konnten.

Richtig abfeiern ohne Ohrenschmerzen

Ein weiterer Pluspunkt ist die Frage des Lärmpegels, der bei einer „normalen“ Par-



SPÖ Steiermark

Die erste „Silent Disco“ war ein voller Erfolg: Ohne Lärmbelästigung für die Anrainer tanzten die Jugendlichen bis in die frühen Morgenstunden.

ty bekanntlich recht hoch ist. Doch nicht – wie der Name schon sagt – bei der Silent Disco. Durch die Kopfhörer ist die Geräuschkulisse der Party minimal. „Mit der Silent-Disco sind wir bei den steirischen Jugendlichen auf offene Ohren gestoßen. Die Förderung der steirischen Jugendkultur liegt uns am Herzen. Deshalb ist es umso wichtiger, neue Formate zu fördern“, betont Max Lercher, Vorsitzender der So-

zialistischen Jugend Steiermark und Hauptinitiator der Silent Disco. „Das Besondere ist das Erlebnis, mit dutzenden Jugendlichen zu tanzen und eine Party zu feiern, ohne die Außenwelt mit übermäßigem Lärm zu belästigen“, beschreibt Günter Pirker, Geschäftsführer des GVV, die Silent Disco. Neben der Saturday Nightline sorgten kostenlose Taxis für die sichere An- und Abreise der Party-People. ♦

mvö

Mehr Fairness für Mieter

Durch ständige Prüfung der Immobilienbranche, ihrer Makler und Hausverwalter, sorgt die Mietervereinigung Österreichs (MVÖ) für faire Verhältnisse am Markt.

„Wir wollen eine faire Gesellschaft. Das bedeutet auch vor allem Sicherheit für jene Menschen, die sich selbst nicht so leicht helfen können“, sagt Georg Niedermühlbichler, Präsident der Mietervereinigung Österreichs.

INFO



MVÖ-Zentrale

Reichsratsstrasse 15, 1010 Wien
Tel. +43 1 40 185, Fax: +43 1 40185-33
E-Mail: zentrale@mietervereinigung.at



Präsident Georg Niedermühlbichler, Vizepräsident und Vorsitzender der Steirischen Mietervereinigung Hans Heinz Plaschka

Die MVÖ unterstützt daher jene, die am Immobilienmarkt die schwächsten Positionen einnehmen, die Wohnungssuchenden; Mieterinnen und Mieter. Der größte Mieterschutzverein Österreichs mit über 70.000 Mitgliedern kümmert sich nicht nur um die Unterstützung ihrer Mitglieder, sondern

Fotos: Mietervereinigung

will mit ihrer Arbeit zu fairen Verhältnissen am Wohnungsmarkt verhelfen. Daher überprüfen MVÖ-Experten ständig jene Regeln, die aktuell in der Wohnungs- und Immobilienbranche herrschen – und werden allzu häufig fündig. „Die Mietervereinigung beanstandet jede zweite Betriebskostenabrechnung, die ihr zur Überprüfung vorgelegt wird“, stellt Vizepräsident Hans Heinz Plaschka fest. Die Unge-

rechtigkeiten beginnen aber oft bereits beim Vermietungs- oder Kaufgeschäft. „Im Rahmen unseres Maklertests machen wir deutlich, dass ein Großteil der Immobilienmakler ungerechtfertigte Zusatzgebühren und zu hohe Provisionen verrechnet“, macht Niedermühlbichler deutlich. ♦



Heller

QUERGESCHRIEBEN

„Eine echte Chance“

Hannes Androsch zur Banken-Solidarabgabe und dazu, welchen Beitrag die Banken zur Krisenbewältigung leisten sollen.

„Die Gelegenheit sollte beim Schopf gepackt werden, um Vorschläge für eine strukturelle Neuordnung des Bankenwesens zu erarbeiten.“

Im Jahr 2007 platzte vor allem in Amerika die Blase der künstlich überhöhten Hauspreise. Als Folge brachen die Kartenhäuser unkontrollierter Spekulationsgeschäfte zusammen. Weltweit waren angesehenen Banken in ihrer Existenz gefährdet. Mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers in der Wallstreet drohte die Gefahr einer Kernschmelze des Weltfinanzsystems. Als Folge der Finanzkrise trat dann auch eine Krise in der Realwirtschaft, vor allem in den Industriestaaten ein, die in ihrer Dramatik an die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre mit ihrer Unzahl an Firmenzusammenbrüchen und dem Millionenheer von Arbeitslosen ohne jeglichen sozialen Schutz erinnerte. Aufgrund dieser historischen Erfahrungen reagierten die Regierungen mit massiven Rettungs- und Stützungsmaßnahmen. Dadurch konnte die Kernschmelze verhindert und der Absturz abgefangen werden.

Die Epizentren der Bedrohungen lagen nicht in Österreich, die Auswirkungen bekamen wir aber sehr wohl zu spüren. Die Regierung hat rasch, und wie sich inzwischen zeigt, wirkungsvoll gehandelt. Es könnte sein, dass Österreich die Krise besser als die meisten anderen Länder überwindet. Allerdings ist die Gefahr noch nicht vorbei, wie die weiterhin steigenden Arbeitslosenzahlen und der Rückgang der Gesamtbeschäftigung vor allem durch den Verlust von 60.000 Arbeitsplätzen in der Industrie zeigen. Die Folgen der Krisen werden die öffentlichen Haushalte und damit uns alle noch Jahre beschäftigen, wobei die Konsolidierung, um weiteren Schaden zu vermeiden, mit Augenmaß erfolgen muss. Die Wirtschaftskrise hat die schon lange bestehenden Strukturschwächen vor allem in vielen öf-



Bilderbox

Der Banken-Solidarbeitrag muss in intelligenter Form umgesetzt werden und darf die Kunden nicht belasten.

fentlichen Bereichen, deutlich werden lassen. Diese gilt es dringend zukunftsgerichtet zu überwinden. Außerdem können durch größere Effizienz Milliarden eingespart werden.

Die Notwendigkeit der Strukturverbesserung und Effizienzsteigerung sowie besseres Risikomanagement besteht auch für unseren Bankensektor. Wir haben für unser kleines Land zu viele Banken mit bei weitem zu vielen Filialen. Die größten Banken haben sich in Ost- und Südeuropa im Risikovolumen überladen, ohne daran gehindert worden zu sein bzw. ausreichend für diese Risiken vorgesorgt zu haben. Daher war Hilfe und Rettung unabdingbar, um größeren Schaden abzuwenden. Diese Hilfgelder des Staates sind zu verzinsen und müssen sobald wie möglich zurückbezahlt werden. Aus dieser Konsequenz heraus ist die Forderung von Bundeskanzler Faymann nach einer „Bankensteuer“ wohl als erster Schritt zu verstehen, die daraus entstandene Arbeitsgruppe von Experten eine echte Chance. Ein Solidarbeitrag der Banken in intelligenter Form d. h. ohne die Kunden zu belasten, die Kreditvergaben zu erschweren oder die Eigenmittelverbesserung zu beeinträchtigen, soll helfen, das Budget zu entlasten. Darüber hinaus sollte die Gelegenheit beim Schopf gepackt

werden und Vorschläge für eine strukturelle Neuordnung des Bankenwesens erarbeitet werden. Mit der Regierung stehen auch Österreichs Banken vor großen Herausforderungen. Mit dem bisherigen Erfolg der Krisenbekämpfung ist es nicht getan, mit einer Solidarabgabe allein aber auch nicht. Künftig müssen sich die Banken auch in erster Linie ihrer gesamtwirtschaftlichen Vermittlungsfunktion widmen, das heißt Einlagen entgegennehmen und sinnvoll verwalten und verantwortungsvoll Kredite vergeben. Dabei müssen sie auch hinreichende Ertragsspannen erzielen können. Entsprechende Spielregeln sollten vereinbart werden. Vor allem aber geht es darum, wieder auf einen Arbeitsplätze schaffenden Wachstumspfad zurückzufinden und damit auch wieder höhere Steuereinnahmen zu erhalten. ♦

Dr. Hannes Androsch war Finanzminister (1970-81) und Vizekanzler (1976-81) in den Regierungen Kreisky I - IV, danach Generaldirektor der CA und ist heute als Industrieller tätig. Der Träger der Victor Adler Plakette ist vielfältig gesellschafts- und wirtschaftspolitisch engagiert.
www.androsch.com

TERMINKALENDER

Bankensteuer und Solidarabgabe, Asyl und Landesverteidigung – all diese Themen beschäftigten unsere Leser in den vergangenen Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen – teilweise gekürzt – finden sich hier wieder.

Liebe Mitarbeiter der SPÖ!

Die Banksteuer ist für mich ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Denn warum sollen wir kleinen Leute die Zeche für die Krise bezahlen. Immerhin waren es Banken, die durch ihre Spekulationen die Krise mitverschuldet haben. Dass die Banken nun diese Abgabe auf die Bankkunden abwälzen, wird Herr Bundeskanzler Faymann schon zu verhindern wissen. Davon bin ich überzeugt.

Irene Guggenbichler, St. Pölten

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Volksbefragung zum Asylverfahrenszentrum und das klare Nein der Eberauer Gemeinde hat die Frau Innenministerin zurück in ihre Schranken gewiesen. Sie kann eben

doch nicht alles hinter dem Rücken anderer machen und „Fekter-Allmächtig“ spielen. Immerhin leben wir in einer Demokratie und nicht in einer „Fektertut“. Das muss Maria Theresia Fekter einmal einsehen. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, dass sie mit ihrer Namensverwandten Mutter Teresa überhaupt nichts gemeinsam hat.

Hans Deichmann, Wien

Lieber Herr Verteidigungsminister Darabos!

„Das Leben ist kein Wunschkonzert“. Dieses Sprichwort wäre ein tolles Tattoo-Motiv für so manche „vergessliche“ Politiker in Österreich. So könnten sie jeden Tag daran erinnert werden, dass man die Verantwortung für gewisse Dinge nicht auf andere abwälzen kann. Fakt ist nämlich, dass nicht die SPÖ die Eurofighter unbedingt wollte und das Bundesheer kaputt gespart hat. Ich finde, der Verteidigungsminister leistet gute Arbeit. Darabos überzeugt mich in seiner Argumentation.

Klaus Zauner, Wien

Ohne Wenn und Aber!

Endlich habe ich seit langem wieder das Gefühl, die Bundes-SPÖ weiß und zeigt wieder, wofür und für wen sie steht. Besonders erfreulich: die geradlinige Haltung und Argumentation von Minister Darabos. Die Ministerinnen Schmied und Heinisch-Hosek sind ja sowieso nur erfreulich glaubwürdig. Wenn der Bundeskanzler so weiter macht, wie in den letzten Wochen, kann ich mich wieder ohne Wenn und Aber meiner Gesinnungsgemeinschaft zugehörig fühlen.

Freundschaft,

Tatjana Kaltenbeck-Michl, Graz

Verabschiedung von Johanna Dohnal

Die Sozialdemokratie wird sich am Samstag, 6. März, um 14.00 Uhr in der Feuerhalle in Wien Simmering, Simmeringer Hauptstrasse 337, von Johanna Dohnal verabschieden.

Ab 11 Uhr besteht die Möglichkeit, sich vor Ort in ein Kondolenzbuch einzutragen.

Um Anmeldung zur Trauerfeier für Johanna Dohnal bei direkt@spoe.at, Tel.: 0810 810 211 wird gebeten.

Auf Wunsch der Familie wird ersucht statt Kranz- und Blumenspenden eine Spende für die Kinderfreunde Grabern auf das Konto 0000 40 14 726, Weinviertler Sparkasse, BLZ 20220 zu geben.

Am 4. und 5. März gibt es ebenfalls die Möglichkeit, sich in ein Kondolenzbuch einzutragen. Dieses wird von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr im Wiener Rathaus aufliegen (Eingang Felderstraße, Arkadenhof rechts) und barrierefrei zugänglich sein.

Die SPÖ Frauen veranstalten, unterstützt von zahlreichen Organisationen, am Freitag, 5. März, ab 16.00 Uhr eine Kundgebung am Ballhausplatz 1, 1010 Wien. Unter dem Motto „Johanna Dohnal (Ge)denken“ werden Wegbegleiterinnen und Künstlerinnen zu Wort kommen.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärtil, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Andrea Schmidt, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: SPÖ, Weingartner Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.oe2020.at

Eine Plattform für die Zukunft

Die Initiative „Österreich 2020“ startet Ende Februar mit ihrer neuen Online-Plattform. Unter oe2020.at stellen sich acht Diskursgruppen der Öffentlichkeit vor und werden auf dieser gemeinsamen Plattform ihre Arbeit an zukunftsweisenden sozialdemokratischen Ideen präsentieren.

Die Besonderheit: Interessierte User können sich über das Internet entschei-

dend an diesem Prozess beteiligen und mitwirken.

Das Ziel ist, gemeinsam über Zukunftsfragen und Herausforderungen nachzudenken und im offenen Dialog sozialdemokratische Antworten zu entwickeln.

Unser Tipp: An der Initiative „Österreich 2020“ kann man sich auch über Facebook (www.facebook.com/oe2020) und twitter (www.twitter.com/oe2020) beteiligen. ♦



Reuters



Toll gerodelt

Von der Rodel aufs Siebertreppchen: Nach Olympia-Gold in Turin 2006 haben Andreas und Wolfgang Linger jetzt auch in Vancouver Gold im Rodel-Doppelsitzerbewerb eingefahren. Sportminister Norbert Darabos freut sich über den „Doppelpack“ der Rodel-Brüder, die Mitglieder des Heeres-Leistungssportzentrums Innsbruck sind.

SPÖ



Voll verdient

Wie bekommt man einen Orden aus der Ukraine? Durch großes Engagement für die bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU. Und durch erfolgreiches Vermitteln im Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland. SPÖ-EU-Abgeordneter Hannes Swoboda wurde für diese Leistungen vor kurzem vom Präsidenten der Ukraine, Viktor Juschtschenko, mit dem Orden „Für Verdienste“ gewürdigt. Überreicht hat den Orden der ukrainische Botschafter in Österreich, Yevhen Chornobryvko.

PK-PID



Voll gefeiert

209 Absolventen der Wiener Gesundheits- und Krankenpflegeschulen hatten allen Grund zum Feiern, als ihnen Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely ihre Diplome überreichte. Die angehenden Pflegekräfte wurden drei Jahre lang in verschiedenen Wiener Spitälern und medizinischen Zentren ausgebildet.

Toll gespendet

Das kann sich sehen lassen: Satte 11.680 Euro für Haiti sind bei einer Spendenaktion im Sozialministerium zusammengekommen. Bei der Übergabe des Schecks an die Volkshilfe Österreich mit dabei: Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Erich Fenninger (Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich) und Stefan Seebauer (Vorsitzender des Zentralkomitees im Sozialministerium).



HB